

Pressemitteilung 45/2016 | 22.07.2016

Totaler Schutz ist nicht möglich

Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin und Berliner Senat vereinbaren Kooperation zur Prävention gegen Radikalisierung

„Es wird viel getan, um frühzeitig gegenzusteuern gegen die islamistische bzw. salafistische Radikalisierung von Muslim/innen und Konvertit/innen“, betont Ute Violet, Leiterin der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt und verweist auf das umfassende Förderprogramm zur Radikalisierungsprävention der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport. Berlinweit fördert das Land Initiativen, Projekte und Maßnahmen zur Vorbeugung, Intervention und Deradikalisierung und konzentriert sich dabei vor allem auf Jugendliche und junge Erwachsene.

In dieser Woche unterzeichneten Ute Violet, Prof. Dr. Andreas Zaby, Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin, und Projektleiter Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke gemeinsam eine Vereinbarung zur wissenschaftlichen Bewertung und Begleitung der unterstützten Aktivitäten. „An unserer Hochschule lehren und forschen ausgewiesene Expertinnen und Experten auf dem Gebiet des Sicherheitsmanagement, die auf Landes- und Bundesebene oft als Sachverständige gehört werden und die Politik beraten“, sagt Zaby. Zudem sei die HWR Berlin durch ihre enge Zusammenarbeit mit der Praxis in der wissenschaftlichen Ausbildung künftiger Führungskräfte für Wirtschaft, Polizei und Verwaltung prädestiniert dafür, disziplinübergreifend Handlungsempfehlungen für das Landesprogramm Radikalisierungsprävention zu erarbeiten, unterstreicht der HWR-Präsident.

Jaschke wird mit seinem Team eine wissenschaftliche Analyse des extremistischen salafistisch-islamischen Milieus vornehmen und auf dieser Basis die Berliner Förderprojekte und Maßnahmen gegen Radikalisierung untersuchen und beurteilen. „Es gibt keinen totalen Schutz gegen die Gewalt, die von diesen Extremist/innen ausgeht, aber man kann es ihnen schwerer machen, besonders unter Jugendlichen Anhänger zu rekrutieren“, sagt Jaschke und fordert, dass neben der Repression noch mehr auf Prävention gesetzt wird. „Präventionsprojekte müssen jedoch in die richtige Richtung gelenkt, laufend reflektiert und weiterentwickelt werden. Hierfür ist ein Blick von außen sehr hilfreich“, sagt der Wissenschaftler an der HWR Berlin. Die Vereinbarung zur wissenschaftlichen Begleitung des Berliner Landesprogramms Radikalisierungsprävention gilt zunächst bis Ende 2017.

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin)

Die Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin ist mit über 12 000 Studierenden eine der großen Hochschulen für angewandte Wissenschaften – mit ausgeprägtem Praxisbezug, intensiver und vielfältiger Forschung, hohen Qualitätsstandards sowie einer starken internationalen Ausrichtung. Das Studiengangsportfolio umfasst Wirtschafts-, Verwaltungs-, Rechts- und Sicherheitsmanagement sowie Ingenieurwissenschaften in über 60 Studiengängen auf Bachelor-, Master- und MBA-Ebene. Die HWR Berlin unterhält 195 aktive

Pressesprecherin

Sylke Schumann

T +49 30 30877-1220

E presse@hwr-berlin.de



Partnerschaften mit Universitäten auf allen Kontinenten und ist Mitglied im Hochschulverbund „UAS7 - Alliance for Excellence“. Als eine von Deutschlands führenden Hochschulen bei der internationalen Ausrichtung von BWL-Bachelorstudiengängen und im Dualen Studium belegt die HWR Berlin Spitzenplätze in deutschlandweiten Rankings und nimmt auch im Masterbereich vordere Plätze ein. Die HWR Berlin ist einer der bedeutendsten und erfolgreichsten Hochschulanbieter im akademischen Weiterbildungsbereich und Gründungshochschule. Die HWR Berlin unterstützt die Initiative der Hochschulrektorenkonferenz „Weltoffene Hochschulen - Gegen Fremdenfeindlichkeit“.

www.hwr-berlin.de